

Wurde bei den Prämien jahrelang gemauschelt?

Ständerätin Anita Fetz nimmt das BAG ins Visier. Das Amt soll jahrelang gesetzeswidrige Prämien genehmigt haben.

Seit es die obligatorische Krankenversicherung gibt, läuft jedes Jahr das gleiche Spiel. Die Krankenkassen legen die Prämien für das kommende Jahr fest und das Bundesamt für Gesundheit (BAG) genehmigt diese. **Nun kommt das BAG unter Druck – offenbar hat das Amt jahrelang gesetzeswidrig festgelegte Prämien der Kassen abgesegnet.**

Das sagt die Basler Ständerätin Anita Fetz. In einer Interpellation, die sie diese Woche einreichte, spricht die Baslerin sogar von ungesetzlichen Prämien. Und sie will wissen, was «der Bundesrat dagegen tun

will». Das KVG verlangt grundsätzlich Prämien, welche die Gesundheitskosten einer Region oder eines Kantons abdecken. Dies war aber in der Vergangenheit nicht der Fall.

Die Kantone Bern und Obwalden haben zum Beispiel bis Ende 2008 keine kostendeckenden Prämien bezahlt. Die Versicherten der Kantone Waadt, Genf und auch Neuenburg haben dagegen zu hohe Prämien gezahlt. Mit diesen Beiträgen bildeten die Kassen schweizweit Reserven. **Dadurch wurden die zu tiefen Prämien in anderen Kantonen praktisch aus der Westschweiz subventioniert.**



Westschweizer Versicherte, welche Deutschschweizer Versicherte über überhöhte KVG-Prämien subventionieren – die Romandie steht deswegen seit Monaten kopf. **Der Waadtländer Gesundheitsdirektor Pierre Mailard macht bei Innenminister Didier Burkhalter Druck.** Der Kanton Genf verlangt in einer Standesinitiative, dass Kassen in jedem Kanton separate Reserven anlegen müssen.

Anita Fetz fragt sich indes-

sen, wie es kommen konnte, dass das BAG jahrelang ungesetzliche Prämien genehmigte. **«Ich vermute, dass Kontrollen fast nicht mehr möglich sind, weil es über 300 000 unterschiedliche Prämientarife gibt», sagt sie.** Das BAG habe wahrscheinlich den Schwerpunkt seiner Kontrolltätigkeit auf missbräuchlich hohe Prämien gelegt. Missbräuchlich tiefe Prämien seien jedoch nicht im Fokus gestanden.

Geht es nach Fetz, soll die Geschäftsprüfungskommission in die Dunkelkammer leuchten. **«Es muss alles auf den Tisch.»** Das BAG wollte gestern zu den Vorwürfen der Basler Ständerätin nicht Stellung nehmen und vertröstete auf die Pressekonferenz von heute.

Hubert Mooser